



Deutsche Soldaten im Kampfeinsatz – das darf kein Tabu sein, fordert Bundespräsident Joachim Gauck nun erneut.

FOTO: STEFFEN KUGLER/DPA

Iserlohner Kreisanzeiger 17. Juni 2014

Dem Frieden laut das Wort reden

Vertreter aus Kirchenkreisen kritisieren den Bundespräsidenten. Joachim Gauck hat in einem Interview erklärt, dass Militäreinsätze kein Tabu sein dürfen

Von Nina Grunsky

Hagen. Abermals hat sich Bundespräsident Joachim Gauck dafür ausgesprochen, dass Deutschland international mehr Verantwortung bei der Lösung von Konflikten übernimmt – notfalls auch mit militärischen Mitteln. Schon Anfang des Jahres hatte Gauck diese Ansicht bei der Münchner Sicherheitskonferenz geäußert und damit Aufsehen erregt.

Nun also hat er sich zum Abschluss eines Staatsbesuches in Norwegen in einem Interview mit dem Deutschlandradio Kultur erneut dafür ausgesprochen, dass die

Bundesrepublik „ihre früher gut begründete Zurückhaltung“ aufgibt. Wobei der Bundespräsident in diesem Zusammenhang vor allem meint, dass sich Deutschland verstärkt in Friedensprozesse einbringen soll – dem Beispiel von Norwegen folgend, das berühmt ist für seine vermittelnde Rolle im Nahost-Konflikt, in Sri Lanka, Guatemala und Kolumbien zum Beispiel.

Öffentlich wahrgenommen aber wird nun vor allem Gaucks Äußerung, dass im Kampf für die Menschenrechte der Einsatz von militärischen Mitteln nicht von vornherein zu verwerfen sei. Als wenig glücklich empfindet Uwe Trittman von der Evangelischen Akademie Haus Villigst in Schwerte dieses Plädoyer. Stattdessen sollte sich der Bundespräsident deutlicher wahrnehmbar dafür aussprechen, die präventiven, zivilen Mittel der Konfliktlösung zu fördern, fordert Trittman, in Schwerte Studienleiter Friedensethik, Außen- und Sicherheitspolitik.

Auf dem Boden des Grundgesetzes

Zumal man in der Politik angesichts von Krisen wie in der Ukraine und im Irak derzeit recht schnell über militärische Optionen nachdenkt, würde sich Trittman vom

„Der Bundespräsident will den Widerstand in der Bevölkerung gegen militärische Einsätze aufweichen.“

Hartmut Linne, Pax Christi Paderborn

Staatsoberhaupt ein anderes Signal wünschen. Die zivile Konfliktlösung entspreche schließlich auch den Vorgaben für die deutsche Außenpolitik, die in der Präambel des Grundgesetzes und in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind. Deutschland werde international dafür geschätzt, über Jahrzehnte andere Mittel der Streitbeilegung gefördert und entwickelt zu haben, so Trittman.

Warum aber, so fragt er, stellt der evangelische Pastor Gauck derzeit die militärische Konfliktlösung in den Vordergrund seiner Reden und Interviews? Hartmut Linne von Pax Christi im Erzbistum Paderborn spricht die Antwort offen aus: Es gehe Joachim Gauck darum, so glaubt er, den „Widerstand in der Bevölkerung“ gegen militärische Einsätze aufzuweichen. Denn Um-

fragen belegen, dass die Mehrheit der Bürger Militär-Operationen der Bundeswehr ablehnt. 82 Prozent der Befragten wünschen sich weniger Einsätze der deutschen Soldaten, so zum Beispiel das Ergebnis einer von der Hamburger Körber-Stiftung im Mai veröffentlichten Studie.

Ein offener Brief

Daher gehe es dem Bundespräsidenten darum, mutmaßt Linne, bei den Bürgern Akzeptanz für solche militärischen Einsätze zu schaffen. So, wie auch in einem Positionspapier mit dem Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung“ propagiert, das die Stiftung Wissenschaft und Politik ausgearbeitet hat – unter Mitarbeit von Experten aus Gaucks Umfeld, wie Linne erklärt.

Schon Anfang des Jahres, kurz nach der Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz, hat Pax Christi daher einen offenen Brief an Gauck unterzeichnet, geschrieben von der Dortmunder Initiative „Christen für den Frieden“. Darin fordern die Autoren eine Sicherheitspolitik, die auf friedliche statt militärische Mittel setzt. Linne fordert: „Deutschland soll weiter eine hervorragende Rolle in der zivilen Konfliktlösung spielen.“

Der Pastor als Politiker

■ Joachim Gauck hat **Theologie studiert**, stand von 1965 bis 1990 im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und arbeitete jahrelang als Pastor. In Kirchenkreisen Westfalens aber sorgt sein Eintreten, im Kampf um die Menschenrechte notfalls auch zu den Waffen zugreifen, auch für Kritik am Bundespräsidenten.